

Die energetische Gebäudesanierung gilt als wichtiger Schlüssel zur Senkung des Energieverbrauchs. Der Kanton Basel-Stadt verfügt über ein dreijähriges Sanierungsprogramm für Wohnbauten, welches aus der Förderabgabe auf dem Strompreis finanziert wird. Das Programm ist inzwischen bei Halbzeit angelangt. Nach Angaben des AUE wurden bereits Beiträge in der Höhe von 7,5 Millionen Franken gesprochen. Das AUE ist zuversichtlich, dass bis zum Ende der Programmdauer in eineinhalb Jahren rund 200 Gebäude saniert werden können und die budgetierte Gesamtsumme von 12 Mio. Franken aufgebraucht wird. Das ist ein Erfolg, kann in Anbetracht des riesigen Sanierungsbedarfes aber erst als erster Schritt bezeichnet werden. Inzwischen hat der Bund im Rahmen seiner Konjunkturförderung kurzfristig zusätzliches Geld für energetische Gebäudesanierungen gesprochen, welches die Kantone einsetzen können. Auch langfristig stellt der Bund Beiträge in Aussicht. So haben der National- und der Ständerat einer Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe für energetische Massnahmen im Sinne des CO₂-Gesetzes zugestimmt. Mit diesen Geldern will der Bund nicht die Kantone finanziell entlasten, sondern zusätzliche Energiespar- und Klimaschutz-Massnahmen auslösen. Eine Verlängerung und ein Ausbau des Basler Gebäudesanierungsprogramms drängen sich auf.

Der Regierungsrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch sind die Bundesbeiträge aus dem Stabilisierungsprogramm, welche dem Kanton Basel-Stadt zugesprochen werden?
2. Wie hoch werden die Beiträge des Bundes voraussichtlich sein, welche aus der Zweckbindung der CO₂-Abgaben für Gebäudesanierungen an Basel-Stadt fliessen?
3. Wie gedenkt die Regierung, diese Bundesgelder einzusetzen?
4. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, das Sanierungsprogramm zu verlängern und gar auszubauen?

Beat Jans